



Gemeinderatsfraktion FREIE WÄHLER Alfter

c/o Bolko Graf Schweinitz

Tonnenpütz 24

53347 Alfter

Alfter, den 10.2.2010

Antrag der Ratsfraktion:

Moratorium für Baugebiete

Moratorium bezeichnet allgemein die Übereinkunft, eine bestimmte Sache aufzuschieben oder vorläufig zu unterlassen.

Das bedeutet bei strittigen Projekten eine von allen beteiligten Seiten getragene Verzögerung und meist das Einsetzen eines Gremiums zur Suche einer Lösung und Entscheidung. Dieses versucht Kompromisse zu finden, mit dem die Kontrahenten zufrieden sein können.

Der Gemeinderat möchte deshalb beschließen, ein Moratorium mit einer Dauer von mindestens zwei Jahren zu veranlassen, das folgende Aktivitäten beinhaltet:

Stopp aller noch nicht mit dem Ausbau begonnenen Bauvorhaben,
Einhalt bei allen Planungen, die sich aus dem Flächennutzungsplan für die Erschließung neuer Bebauungspläne ergeben,

Anhalten der Verwirklichung aller verwaltungstechnisch verabschiedeten Baugebiete und Bebauungspläne, in denen bis heute noch nicht gebaut wird und für die noch keine Baugenehmigung vorliegt,

Rückabwicklung aller projektierten Baugebiete einschließlich derjenigen, die zwar im Rat besprochen und für vorerst nicht durchführbar erklärt worden sind,
Baulandvergabe nur an private Bauherren, nicht an Investoren und Projektentwickler großflächiger Baugebiete,

Mit dem Ausbau und Weiterbau soll erst dann begonnen werden, wenn eine Kosten-Nutzen-Analyse vorliegt, die schon jetzt benötigte Infrastruktur vorhanden ist und ein Konzept für die Weiterentwicklung der Gemeinde Alfter von Bürgern und Gemeinderat verabschiedet wurde.

Begründung

Bisher haben neue Baugebiete nicht zur innerörtlichen Verkehrsentlastung geführt. Genau das Gegenteil ist eingetreten, in dem immer mehr Fahrzeuge eine höhere Verkehrsbelastung zur Folge hatten und zu erheblichen Gefahrenquellen für die Bevölkerung werden. Mit jedem neuen Baugebiet wachsen auch die Aufgaben für die Verwaltung. Die Personaldecke im Rathaus hingegen bleibt im besten Falle gleich, müsste aber an die Bevölkerungszahl angeglichen werden.

Die vorhandene Infrastruktur reicht nicht aus, um den Einwohnern eine ausreichende Versorgung mit Gütern, Dienstleistungen und Verkehrsmitteln sicher zu stellen.

Deshalb kränkelt auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze vor Ort.

Die finanziellen Kosten im Gemeindehaushalt dieser seit Jahren betriebenen Entwicklung sind immens gestiegen und wachsen weiterhin, eine Ende dieser Beobachtung oder gar eine Umkehr ist nicht in Sicht. Neue Baugebiete drücken nicht die Kosten, sondern erhöhen sie fortlaufend. Keine Leistung (Schaffung von Baugebieten für Investor und

Familien) ohne Gegenleistung (Schaffung von Infrastruktur z.B. Kindergarten, Schule, ÖPNV)

Die angestrebte Wirtschaftsförderung liegt im Argen, von Bewegung keine Spur."

Fritz-Norbert Böhme für die Freien Wähler